



**GEMEINSAME ERKLÄRUNG
ZUM**

PHARMA SUMMIT BRÜSSEL 2026

**Europa als Pharmastandort
stärken:**

Innovation ermöglichen,
Versorgung sichern,
strategische Autonomie
ausbauen

Gemeinsames politisches Begleitpapier des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention



sowie der deutschen Pharmaverbände vfa, BPI, Pharma
Deutschland, Pro Generika, BIO Deutschland und der
Pharmainitiative Bayern

vfa. Die forschenden
Pharma-Unternehmen

BPI Bundesverband der
Pharmazeutischen Industrie e.V.

**i PHARMA
DEUTSCHLAND**

progenerika

BIO
DEUTSCHLAND

**Pharmainitiative
Bayern**

anlässlich des Pharma Summits in der Vertretung des
Freistaats Bayern bei der Europäischen Union, Brüssel.

Inhalt

Präambel - Europas pharmazeutische Zukunft jetzt sichern	4
I. Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Europas sichern	5
II. Strategische Autonomie und Versorgungssicherheit stärken	6
III. Entschlossenes Vorantreiben von Europas Biotechnologie-Offensive	7
IV. Nationale Standortpolitik als Fundament europäischer Stärke	8
V. Gemeinsamer politischer Handlungsaufruf	9
VI. Schlussfolgerung	9

Präambel - Europas pharmazeutische Zukunft jetzt sichern

Europa befindet sich in einer Phase tiefgreifender geopolitischer und wirtschaftlicher Umbrüche. Die zunehmenden strategischen Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten, China und Europa verändern die globalen Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfung, technologische Entwicklung und strategische Autonomie grundlegend.

Die pharmazeutische und biotechnologische Industrie steht dabei im Zentrum dieser Entwicklung. Sie ist als Treiber medizinischer Innovation und als Garant hochwertiger industrieller Beschäftigung von unverzichtbarem Wert für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und trägt entscheidend zur wirtschaftlichen Stärke Europas bei.

Gleichzeitig steht der europäische Pharmastandort zunehmend unter Druck: Von außen gefährden vor allem industriepolitische Förderprogramme in den USA und staatlich gelenkte Investitionsstrategien in China die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Innovations- und Produktionsstandorts. Aber auch innerhalb Europas sind strukturelle Wettbewerbsnachteile ein Hemmfaktor.

Die vergangenen Jahre haben deutlich gemacht: Gesundheitspolitik ist längst auch Wirtschafts-, Sicherheits- und Resilienzpolitik. Lieferengpässe bei kritischen Arzneimitteln, Abhängigkeiten von außereuropäischen Produktionsketten und zunehmende technologische Konkurrenz sind große Herausforderungen. Ein strategisches Handeln ist dringend erforderlich.

Bayern und Deutschland gehören zu den führenden Pharma- und Biotechnologiestandorten Europas. Ihre Stärke bildet einen wesentlichen Pfeiler für die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union insgesamt.

Die pharmazeutische Industrie ist eine **Schlüsselindustrie Deutschlands und Europas**. Ihre Innovationskraft, Investitionsstärke und industrielle Leistungsfähigkeit müssen gezielt weiterentwickelt und gefördert werden.

Vor diesem Hintergrund fordern die Unterzeichner des Pharma Summit Brüssel 2026 eine kohärente europäische Standortpolitik, die Innovation fördert, Versorgungssicherheit gewährleistet und strategische Autonomie stärkt.

Europa muss jetzt die richtigen Weichen stellen.

I. Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Europas sichern

Die beschlossenen Änderungen des EU-Arzneimittelrechts durch das EU-Pharma-Paket und den EU Critical Medicines Act (CMA) sowie die geplanten Verbesserungen durch den European Biotech Act I bieten die entscheidende Gelegenheit, regulatorische Rahmenbedingungen zukunftsfest auszurichten.

Folgende drei Ziele müssen durch das europäische Arzneimittelrecht gewährleistet werden:

- Die Europäische Union muss ihre Attraktivität als globaler Standort für pharmazeutische Forschung, Entwicklung und Markteinführung nachhaltig stärken, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.
- Innovation muss schneller zu den Patientinnen und Patienten gebracht werden.
- Gleichzeitig müssen Investitionsentscheidungen zugunsten Europas gefördert werden.

Aus Sicht der Unterzeichner sind hierfür folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Modernisierung und Beschleunigung regulatorischer Verfahren

Europa muss seine regulatorische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und anderen internationalen Innovationsstandorten verbessern. Dazu braucht es:

- beschleunigte Bewertungs- und Zulassungsverfahren bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA),
- stärkere Nutzung und Einbindung bei wissenschaftlicher Beratung,
- digitalisierte und harmonisierte regulatorische Prozesse,
- konsequenten Bürokratieabbau entlang des gesamten Produktlebenszyklus,
- Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von KMU, die einen erheblichen Anteil der Grundversorgung leisten.

2. Schutz geistigen Eigentums sichern

Ein starker und verlässlicher Schutz geistigen Eigentums ist Grundvoraussetzung für pharmazeutische Innovation. Die Europäische Union sollte daher:

- bestehende Schutzmechanismen für Patente, Unterlagenschutz und Marktexklusivität vollumfänglich erhalten,
- auf eine Verkürzung von Schutzfristen verzichten,
- innovationsfördernde Anreizsysteme für Orphan Drugs, Antibiotika und Advanced Therapy Medicinal Products (ATMPs) stärken - u. a. durch eine Aufrechterhaltung der Schutzrechte.

Im Allgemeinen würde eine Schwächung von Schutzrechten Investitionen aus Europa abziehen und die Entwicklung neuer Therapien gefährden - dagegen liegt in einem beständigen, verlässlichen und starken IP-Schutz nicht nur ein zentraler Innovationsanreiz, sondern auch ein klarer Wettbewerbsvorteil für Europa.

II. Strategische Autonomie und Versorgungssicherheit stärken

Die Sicherstellung einer zuverlässigen Arzneimittelversorgung über resiliente Lieferketten ist eine strategische Priorität Europas.

Die starke Abhängigkeit von außereuropäischen Produktionskapazitäten - insbesondere bei Wirkstoffen und versorgungskritischen Arzneimitteln - stellt ein erhebliches Risiko dar.

Der Critical Medicines Act bietet die Chance, die europäische Versorgungssicherheit strukturell zu stärken.

Die Unterzeichner fordern:

1. Europäische Produktionskapazitäten gezielt fördern

Die Europäische Union sollte:

- Investitionsanreize für pharmazeutische Produktion in Europa schaffen,
- bestehende Produktionsstandorte in Bayern, Deutschland und Europa nachhaltig stärken,
- dafür sorgen, dass Bayern, Deutschland und Europa Vorreiter für innovative Herstellungsmethoden bleiben,
- sicherstellen, dass die Innovationskraft nicht abwandert, sondern vielmehr strategisch auf eine neue Ansiedlung von Produktionskapazitäten und deren Ausbau setzen.

2. Versorgungssicherheit im Vergabe- und Erstattungssystem verankern

Der Preis von Arzneimitteln darf nicht länger das alleinige Steuerungsprinzip sein - erforderlich sind:

- Berücksichtigung von Lieferkettenresilienz, Diversifizierung und Standortkriterien im europäischen Vergaberecht,
- Förderung von Mehrquellenstrategien und Berücksichtigung dieser in den Vergabekriterien,
- gezielte Unterstützung versorgungsrelevanter Generika- und Wirkstoffproduktion,
- eine faire Kostenerstattung für Arzneimittel zur Gewährleistung einer nachhaltigen Versorgung.

Versorgungssicherheit ist ein öffentliches Gut und muss entsprechend politisch abgesichert werden.

3. Vereinbarkeit von Umweltschutz und Versorgungssicherheit ermöglichen

Dringend notwendig sind:

- ausgewogene und ressortübergreifende Ausgestaltung der Arzneimittel- und Umweltgesetzgebung, sodass ökologische Verbesserungen ermöglicht werden, ohne die Versorgungssicherheit und Innovationsfähigkeit zu gefährden,
- Kohärenz und Abstimmung der Regulierung auf EU-Ebene,
- Planungs- und Investitionssicherheit durch verlässliche, praktikable und langfristig stabile regulatorische Rahmenbedingungen.

III. Entschlossenes Vorantreiben von Europas Biotechnologie-Offensive

Biotechnologie ist eine strategische Schlüsseltechnologie der kommenden Jahrzehnte. Europa fällt aber gerade bei biotechnologischer Forschung und klinischen Studien im internationalen Vergleich zurück. Diese Tendenz muss dringend umgekehrt werden.

Mit dem angekündigten European Biotech Act I kann und muss Europa einen ambitionierten industriepolitischen Rahmen schaffen. Der European Biotech Act I enthält bereits viele gute Regelungen, dennoch gibt es Potentiale für ambitioniertere Weichenstellungen.

Aus Sicht der Unterzeichner sind dies prioritär:

1. Kapital und Wachstum ermöglichen

Europa braucht:

- besseren Zugang zu Wagniskapital und Wachstumsfinanzierung im Pharmasektor,
- europäische Scale-up-Initiativen für Biotech-Unternehmen,
- gezielte Förderung industrieller Biotechnologieplattformen.

2. Translation und klinische Forschung stärken

Erforderlich sind:

- weitere Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, um tatsächlich wettbewerbsfähig gegenüber den kompetitiveren Märkten zu sein,
- Optimierung des CTIS-Portals, um Informationen zu klinischer Forschung besser verfügbar zu machen:
 - Einführung von Strukturen, die für den Aufbau von Studienregistern in den Mitgliedstaaten und für innovative KI-basierte Ansätze unerlässlich sind,
 - nutzerfreundliche Ausgestaltung nach internationalen Best-Practices,
 - harmonisierte regulatorische Anforderungen,
- stärkere europäische Forschungsnetzwerke,
- bessere Nutzung von Gesundheitsdaten und Real-World-Evidence.

Bayern und Deutschland verfügen über hervorragende Voraussetzungen, um hierbei führende europäische Innovationszentren zu sein.

IV. Nationale Standortpolitik als Fundament europäischer Stärke

Ein wettbewerbsfähiger europäischer Pharmastandort setzt starke, abgestimmte nationale Rahmenbedingungen voraus. Als geeinte Wirtschaftsunion muss Europa handelspolitische Geschlossenheit ausstrahlen und mit einer entschlossenen und strategischen Industriepolitik den geopolitischen Herausforderungen begegnen.

Deutschland trägt hierbei besondere Verantwortung.

Die Unterzeichner begrüßen die Anerkennung der pharmazeutischen Industrie als Schlüsselindustrie in der deutschen Pharmastrategie.

Entscheidend bleibt nun die konsequente Umsetzung zukunftsweisender Strategien zur Stärkung nationaler und europäischer Standorte. Der European Biotech Act I und das EU-Pharma-Paket enthalten bereits viele Vorschläge, die dazu einen Beitrag leisten können.

Darüber hinaus sind noch von entscheidender Bedeutung:

- innovations- und produktionsfreundliche Erstattungs- und Marktzugangsbedingungen, für eine schnelle und nachhaltige Verfügbarkeit in der Patientenversorgung,
- verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen,
- konsequenter Bürokratieabbau – nicht in einzelnen Regelungen, sondern umfassend über den Produktlebenszyklus hinweg,
- langfristige Investitions- und Planungssicherheit.

Nur ein **starker deutscher Pharmastandort** kann dauerhaft zur strategischen Stärke Europas beitragen.

V. Gemeinsamer politischer Handlungsaufruf

Die Unterzeichner appellieren an Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Rat der Europäischen Union und die Bundesregierung, die pharmazeutische und biotechnologische Industrie als strategischen Kern europäischer Zukunftsfähigkeit zu behandeln.

Europa braucht:

- ein international wettbewerbsfähiges, innovations- und produktionsfreundliches EU-Arzneimittelrecht,
- eine ambitionierte Umsetzung des EU Critical Medicines Act,
- einen wirtschaftspolitisch wirksamen European Biotech Act I,
- eine EU-Umweltgesetzgebung, die die Versorgungssicherheit berücksichtigt.

Nur mit einer **übergeordneten europäischen Standortagenda** für pharmazeutische Innovation und Produktion können medizinischer Fortschritt, Versorgungssicherheit, strategische Autonomie, wirtschaftliches Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden.

VI. Schlussfolgerung

Europa steht vor einer Richtungsentscheidung. Die kommenden Jahre werden entscheiden, ob Europa seine Rolle als führenden globalen Pharmastandort behaupten kann.

Bayern und Deutschland sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam mit den europäischen Institutionen an einer starken pharmazeutischen Zukunft Europas zu arbeiten.

Der Pharma Summit Brüssel 2026 sendet daher ein klares gemeinsames Signal:

Für ein innovationsstarkes Europa.

Für sichere Arzneimittelversorgung.

Für strategische Souveränität.

Für nachhaltiges Wachstum und gute Arbeitsplätze.

Für einen starken Pharmastandort Bayern, Deutschland und Europa.



Judith Gerlach, MdL

Bayerische Staatsministerin für
Gesundheit, Pflege und Prävention



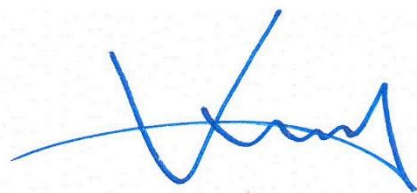
Bayerisches Staatsministerium für
Gesundheit, Pflege und Prävention



Han Steutel

Präsident
für den vfa

vfa. Die forschenden
Pharma-Unternehmen



Oliver Kirst

Vorstandsvorsitzender, Geschäftsführer
Servier Deutschland für den BPI

BPI Bundesverband der
Pharmazeutischen Industrie e.V.



Jörg Wieczorek

Vorstandsvorsitzender
für Pharma Deutschland

i PHARMA
DEUTSCHLAND



Thomas Weigold

Vorstandsvorsitzender, Country President
Sandoz Germany für ProGenerika

progenerika



Dr. Viola Bronsema

Geschäftsführerin
für BIO Deutschland

BIO
DEUTSCHLAND

Herausgeber

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention
Haidenauplatz 1 // 81667 München
Telefon +49 89 540233-0 // Telefax +49 89 540233-90999
Gewerbemuseumsplatz 2 // 90403 Nürnberg
Telefon +49 911 21542-0 // Telefax +49 911 21542-90999
poststelle@stmgp.bayern.de // www.stmgp.bayern.de

Barrierefreiheit

Dieses Dokument erfüllt die Vorgaben gemäß BITV 2.0

Stand

24. Juni 2026

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben von parteipolitischen Informationen oder Werbemitteln. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Die Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts kann dessen ungeachtet nicht übernommen werden.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon 089 122220 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.



Bayerisches Staatsministerium für
Gesundheit, Pflege und Prävention
www.stmgp.bayern.de

